

## Ungleichheit und Demokratie

### Autoren

Marco Bitschnau  
Sebastian Koos

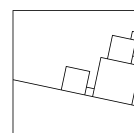
# Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechts-extremismus

## Zusammenfassung

Seit Jahresbeginn 2024 finden deutschlandweit *Proteste gegen Rechts-extremismus* großen Zulauf. Doch ist es tatsächlich eine „schweigende Mehrheit“, die hier für Demokratie aufsteht? In diesem *Policy Paper* stellen wir die Ergebnisse einer Befragung dreier Protestveranstaltungen vor und untersuchen die soziodemografische Zusammensetzung, Motivation und Einstellungen der Teilnehmer:innen. Zusammenfassend lässt sich dabei feststellen, dass diese sich zumeist der oberen Mittelschicht zugehörig fühlen, politisch links der Mitte verorten und überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse besitzen. Viele haben keine Protesterfahrung und sind in Sorge wegen des Erstarkens der AfD, äußern sich aber differenziert, was den Umgang mit der Partei und ihren Unterstützer:innen anbelangt.



Weitere Policy Papers des Clusters  
„The Politics of Inequality“  
→ <https://www.exc.uni-konstanz.de/en/inequality/research/publications/policy-papers/>





Wordcloud auf Grundlage der Antworten zur Teilnahmemotivation an den Protesten gegen Rechtsextremismus

## Einleitung<sup>1</sup>

Mit den bundesweiten *Protesten gegen Rechtsextremismus* hat sich in Deutschland seit Anfang Januar 2024 eine Dynamik entfaltet, wie es sie in dieser Form wohl zuletzt während der Lichterketten der 1990er-Jahre gegeben haben dürfte. Auslöser hierfür war eine vom Recherchenetzwerk Correctiv berichtete Zusammenkunft von Politiker:innen und Aktivist:innen aus dem Dunstkreis der extremen Rechten, bei der insbesondere die Möglichkeit einer künftigen Zwangsumsiedlung Nichtdeutscher und „nicht assimilierter“ Nichtdeutschstämmiger debattiert wurde.<sup>2</sup> Kurz nach diesen Enthüllungen entlud sich der Unmut, der sich ob des Erstarkens der Alternative für Deutschland (AfD) schon seit einiger Zeit angesammelt hatte, schlagartig in einer Reihe von Protestversammlungen – zuerst in Potsdam, dann in Hamburg und bald darauf überall im Land. Mehrere Millionen Menschen haben seither an einer der Dutzenden Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen und damit gar die gleichzeitig stattfindenden Bauernproteste ins zweite Glied der medialen Aufmerksamkeit gedrängt. Dass innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in dieser Größenordnung mobilisiert werden konnte, dürfte nicht zuletzt den *breiten Bündnissen* geschuldet sein, die sich vielerorts formiert haben. Getragen von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Bürger:innenvereinen und anderen waren und sind sie sowohl an der Organisation der Proteste beteiligt als auch mitverantwortlich für den Eindruck, dass sich hier die Mitte der Gesellschaft versammelt habe: eine *schweigende Mehrheit*, die die Schockstarre der vergangenen Monate überwunden und sich nun die Verteidigung der Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund tun sich verschiedene Fragen zur Zusammensetzung der Teilnehmer:innen, ihren Motiven und Einstellungen auf, zu deren empirischer Ausleuchtung wir mit diesem *Policy Paper* beitragen wollen. Dazu stellen wir die Ergebnisse einer Befragung von mehr als 500 Personen vor, die wir Ende Januar auf drei Protestveranstaltungen im Süden Baden-Württembergs (in Konstanz, Singen und Radolfzell) durchgeführt haben.<sup>4</sup>

## Soziodemografie

Geht man zunächst die Frage an, ob es tatsächlich die gesellschaftliche Mitte ist, die sich hier zum Protest eingefunden hat, muss vorab angemerkt werden, dass der Mitte-Begriff wenig empirische Eindeutigkeit besitzt und mit unterschiedlichen Bedeutungen

<sup>1</sup> Für ihre Unterstützung bei der Datenerhebung vor Ort danken wir Marleen Beerweiler, Emily Dennyhardt, Frederick Fritzsche, Marianna Hettich, Janis Jäger, Sarah Kiefer, Noémie-Laurence Krome, Juliana Ohlenbusch, Annalena Riemer, Marie Straub, Lena Waha, Nicolas Weinhart, Tim Wöhrle und Julia Ziegler. Ein besonderer Dank gebührt zudem Marie Görner und Adrian Leo für ihre tatkräftige und hilfreiche Mitarbeit.

<sup>2</sup> Vgl. Correctiv.org (2024). Geheimplan gegen Deutschland, 10. Januar 2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

<sup>3</sup> Prominent wurde diese Formulierung etwa vom Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang gebraucht, der noch vor Beginn der Protestwelle die Forderung erhob, die schweigende Mehrheit möge endlich aufwachen und die von extremistischen Kräften ausgehende Gefahr ernst nehmen. Vgl. Georg Heil, Susett Kleine und Lisa Wandt (2024). „Schweigende Mehrheit muss aufwachen“, 11. Januar 2024. <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/verfassungsschutz-haldenwang-rechtsextremismus-100.html>

<sup>4</sup> Diese Auswahl mittelgroßer Städte geht einher mit einiger sozialräumlicher Variation: Konstanz als Universitätsstadt ist regionales Oberzentrum; Singen blickt auf eine Vergangenheit als Industriestadt zurück und ist gewerblich geprägt; das auf halber Strecke gelegene Radolfzell weist schließlich ausgeprägte Kleinstadt-Charakteristika auf.

### Datengrundlage

Die vorgestellten Ergebnisse beruhen auf der Befragung eines repräsentativen Samples von insgesamt 509 Personen, die an einer der Protestveranstaltungen in Konstanz, Singen und Radolfzell teilgenommen haben und durch ein Zufallsverfahren ausgewählt wurden. An die Teilnehmer:innen wurde ein Flyer ausgegeben, auf dem sich ein Web-link zu unserem Fragebogen, ein QR-Code und ein individueller Zugangscode fanden. Jeder Zugangscode war nur begrenzt gültig, um mehrfaches Ausfüllen ebenso wie eine Weitergabe an Dritte zu verhindern. Auf diese Weise wurden in allen drei Städten zusammen 1279 Flyer verteilt (Rücklaufquote: 39,79 Prozent) und in ihrem Aussagegehalt durch vor Ort ausgefüllte Kurzfragebögen validiert. Nur ein sehr kleiner Teil der Angesprochenen ( $\approx 1$  Prozent) lehnte eine Teilnahme an der Befragung direkt ab.

aufgeladen werden kann. So spricht die jüngste Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise nicht von einer politischen oder ökonomischen Mitte, sondern von einer Mitte, die in der Lage ist, „den in Teilen von ihr definierten extremistischen Ideologien zu widersprechen“ indem sie die „im Grundgesetz normierten menschenfeindlichen Herabwürdigungen ablehnt.“<sup>5</sup> Für die Proteste gegen Rechtsextremismus erscheint uns eine solche Definition jedoch nur bedingt sinnvoll, denn der Widerspruch gegen extremistische Haltungen stellt hier ohnehin das Leitmotiv dar. Zielführender ist unserer Ansicht nach ein Verständnis von Mitte, das sich am *Durchschnitt* beziehungsweise der *Mehrheit* ausrichtet und an Konzepte wie Mittelschicht oder politische Mitte anknüpft. In diesem Sinne schließt Mitte all jene ein, die nicht die politischen Ränder, sondern das Zentrum besetzen; die nicht der Oberschicht, aber auch nicht dem Prekariat angehören; die weder keine noch die höchsten Abschlüsse besitzen. Anders formuliert: Gemeint ist ein Personenkreis, der eine Repräsentationsfunktion für die Gesellschaft als Ganzes erfüllt und an dessen Bedürfnissen die Politik sich gemeinhin orientiert.

Im Hinblick auf die soziodemografische Zusammensetzung der von uns befragten Protestteilnehmer:innen sollte sich solch ein Mitte-Verständnis folglich in annähernd gleichen Anteilen von Männern und Frauen sowie einer Vielfalt an Vertreter:innen verschiedener Altersgruppen, politischer Überzeugungen und Bildungsniveaus niederschlagen – mit einer Häufung von Mittelschichtsangehörigen, die über etwa mittlere Qualifikationen<sup>6</sup> verfügen und der politischen Mitte nahestehen. Ein Blick auf Alter und Geschlecht der Befragten zeigt auch nur unwesentlich mehr Frauen (54 Prozent) als Männer (46 Prozent) sowie eine Altersverteilung ohne größere Auffälligkeiten. Dass die höheren Altersgruppen etwas stärker vertreten sind (über 60: 29 Prozent und 46–60: 31 Prozent) als die niedrigeren (31–45: 18 Prozent und 16–30: 22 Prozent), dürfte sich in erster Linie dadurch erklären lassen, dass sich unter ihnen mehr Menschen finden, die keiner Lohnarbeit nachgehen und eine Protestteilnahme einfacher in ihren Alltag integrieren können. Beim gängigsten aller Mitte-Indikatoren, der Schichtzugehörigkeit, zeigt sich hingegen eine erste Schiefelage (Abb. 1): Eine Mehrheit (53 Prozent) fühlt sich der mittleren Mittelschicht und ein Drittel (33 Prozent) sogar der oberen Mittelschicht zugehörig; nur jede:r Zehnte ordnet sich im Vergleich der unteren Mittelschicht (10 Prozent) oder der Unterschicht (1 Prozent) zu. Insbesondere der hohe Anteil der oberen Mittelschicht ist dabei auffällig und steht in Gegensatz zu den lediglich 7 Prozent, die das ebenfalls auf Selbsteinschätzung beruhende *Eurobarometer* im Sommer 2022 für Deutschland festgestellt hatte.<sup>7</sup> Zwar ist bekannt, dass bei dieser Schichtenzuordnung häufig eine gewisse Wahrnehmungsverzerrung (der sogenannte *Mittelschichtsbias*) zum Tragen kommt;<sup>8</sup> zieht man den Bildungshintergrund als ergänzenden Indikator heran, verfestigt sich der Eindruck einer Überrepräsentation aber noch weiter (Abb. 2), denn fast sechs von zehn Protestteilnehmer:innen (59 Prozent) besitzen einen Hochschulabschluss und ein Fünftel (20 Prozent) zumindest Abitur oder Fachabitur. In der Minderheit sind demgegenüber Menschen mit Berufsausbildung (13 Prozent), Real- (6 Prozent) oder Hauptschulabschluss (1 Prozent). Ungeachtet der relativen Ausgewogenheit der Geschlechter und Lebensalter zeigt sich so eine demografische Schräglage zugunsten eines höher gebildeten Bevölkerungsausschnitts am oberen Ende der Mittelschicht.

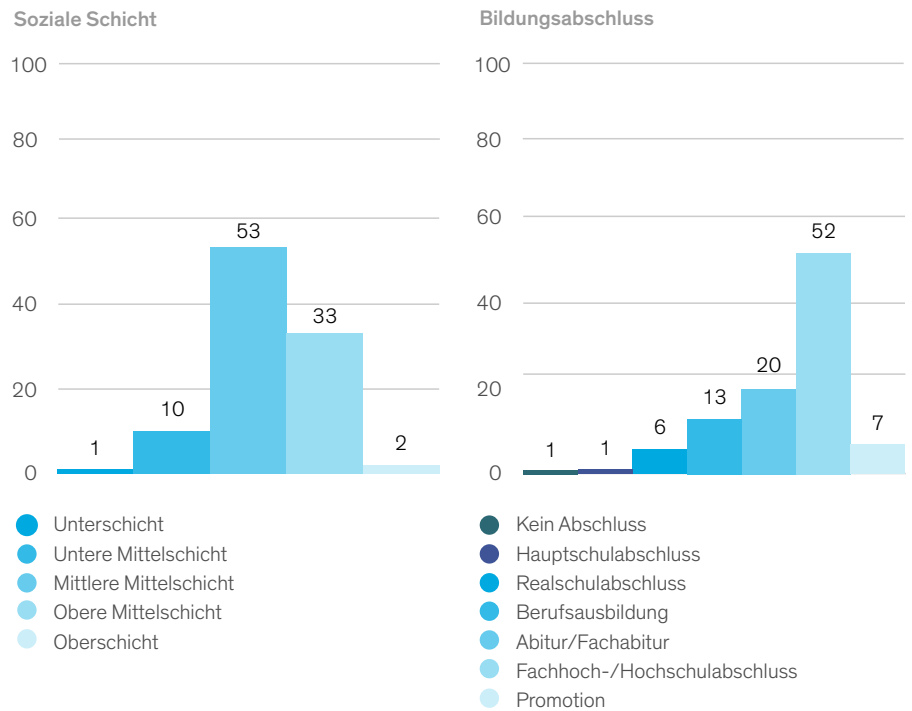
Bleibt die Frage nach der politischen Mitte, bei der wir abermals auf die Selbsteinschätzung der Befragten zurückgreifen, indem wir sie bitten, sich auf einem eindimensionalen Spektrum von Links- bis Rechtsaußen zu positionieren (Abb. 3). Beinahe zwei Drittel (65 Prozent) ordnen sich dabei der linken Mitte zu, während die tatsächliche (und explizit als solche ausgewiesene) Mitte gerade einmal ein Viertel (26 Prozent) auf sich

<sup>5</sup> Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros (Hg., 2023). Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Berlin: Dietz, S. 24.

<sup>6</sup> Dies zumindest oberhalb eines bestimmten Alters; unter Jüngeren ist inzwischen eine Form der Hochschulreife der häufigste (und daher unter Mitte-Gesichtspunkten erwartbare) Abschluss.

<sup>7</sup> Europäische Kommission (2022). Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union (Standard-Eurobarometer 97, Sommer 2022). Brüssel: Europäische Kommission, S. T229 (Frage D63).

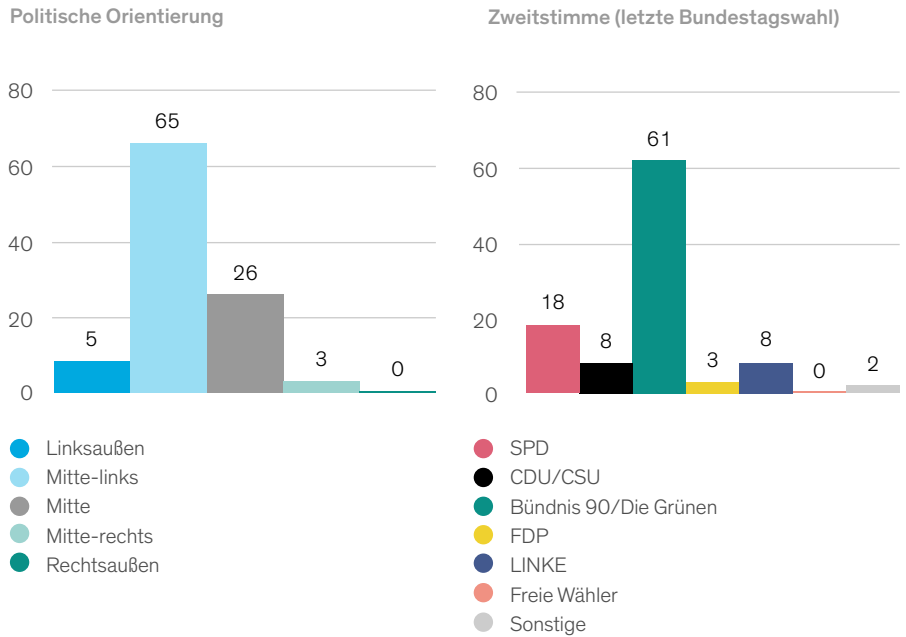
<sup>8</sup> Konkret überschätzen Menschen am oberen und unteren Ende des Schichtgefüges ihre Nähe zur mittleren Mitte. Vgl. hierzu Luna Bellani, Nona Bledow, Marius R. Busemeyer und Guido Schwerdt (2021). Wenn alle Teil der Mittelschicht sein wollen: (Fehl-)Wahrnehmungen von Ungleichheit und warum sie für Sozialpolitik wichtig sind. Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“, Policy Paper Nr. 6. Konstanz: Universität Konstanz.

**Abbildung 1 und 2:** Soziale Schicht (Selbsteinschätzung) und Bildungsabschluss

vereinen kann und die rechte Mitte (3 Prozent) völlig unterrepräsentiert bleibt. Dies spiegelt sich auch darin wider, welchen Parteien die befragten Wahlberechtigten (88 Prozent) bei der vergangenen Bundestagswahl ihre Stimme gegeben hatten (Abb. 4): Mehr als die Hälfte (61 Prozent) entschied sich für Bündnis90/Die Grünen. Nicht einmal jede:r Fünfte respektive Zehnte dagegen für SPD (18 Prozent) und CDU (8 Prozent). Von den zwei Säulen, die das Konzept der politischen Mitte hierzulande traditionell tragen – die eine konservativ, die andere progressiv – erscheint erstere demnach randständig und letztere grün dominiert, was sich mit allgemeinen Lagebildern zum Wahlverhalten der bildungsnahen Mittelschicht deckt.<sup>9</sup> Verbindet man den Mitte-Begriff zuletzt mit dem Konzept der *schweigenden Mehrheit*, zeigt sich zudem ein situationsspezifischer Mobilisierungsimpuls (Abb. 5), denn nur die Hälfte (50 Prozent) der Teilnehmer:innen hat in den vergangenen fünf Jahren an mindestens einer weiteren Demonstration teilgenommen; zwei Drittel (66 Prozent) sogar noch nie an einer mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung. Den Mehrheitsbegriff mag man also in Zweifel ziehen – das Attribut *schweigend* erscheint aber insoweit vertretbar, als es sich allem Anschein nach überwiegend um Menschen handelt, die zum ersten Mal von dieser politischen Ausdrucksform Gebrauch machen. Der soziodemografischen Repräsentationslücke steht also der Umstand entgegen, dass die Proteste auch in Milieus hineinwirken, die den Weg auf die Straße zuvor noch nicht gegangen waren.

<sup>9</sup> Vgl. aus Langzeitsicht Markus Klein (2022). Von den „frustrierten akademischen Plebejern“ zum gesellschaftlichen Patriziat: Die Entwicklung der Wählerschaft von Bündnis90/Die Grünen zwischen 1980 und 2018. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 74(3), 353–380.

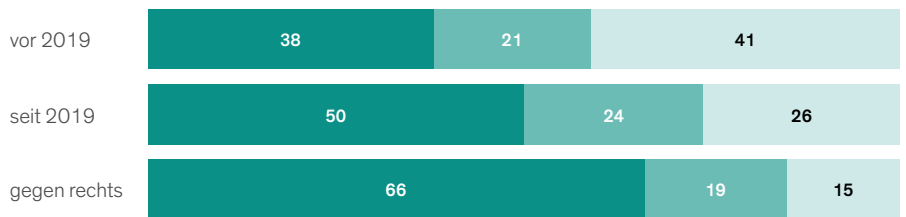
**Abbildung 3 und 4:** Politische Orientierung (Selbsteinschätzung) und Wahlentscheidung



**Abbildung 5:** Vorherige Protesterfahrung

- Nein
- Einmal
- Mehrmals

**Teilnahme an anderen Protesten**



## Mobilisierung und Motivation

Diese Mobilisierungsdynamik wirft ihrerseits die Frage nach den Informationsquellen auf, also danach, wie die Teilnehmer:innen Kenntnis über den Protest erlangt haben (Abb. 6). Am häufigsten wird dabei auf das persönliche Umfeld verwiesen, konkret auf Freund:innen (39 Prozent), Bekannte (39 Prozent) und Arbeitskolleg:innen<sup>10</sup> (36 Prozent), während klassische Medien (8 Prozent) und *Social Media* (18 Prozent) auf den hinteren Plätzen rangieren. Bezüglich der Teilnahmemotive fällt indes eine kontextuelle Besonderheit ins Gewicht: die Tatsache nämlich, dass zwar allgemein *gegen Rechtsextremismus* demonstriert wird, die AfD als derzeit wirkmächtigste Akteurin der radikalen Rechten aber faktisch eine Art Hauptadressatin darstellt. Ohne die Stärke der Partei wäre auch der Bericht über das Potsdamer Treffen vermutlich kaum auf so große Resonanz gestoßen: Nicht nur *was gesagt* wurde, sondern auch *wer am Tisch saß*, war hier ausschlaggebend für die Wahrnehmung der Bedrohung als lebens- und wirklichkeitsnah. Diese zentrale Rolle der AfD wird auch bei der Frage nach den Motiven für die eigene Besorgnis deutlich (Abb. 7) – etwa, wenn sich jeweils eine Mehrheit der Befragten gleich *sehr* besorgt über die Umfragewerte der Partei (62 Prozent) oder einen AfD-Erfolg bei den drei Ost-Landtagswahlen im September (66 Prozent) beziehungsweise der bevorstehenden Europawahl (54 Prozent) zeigt.<sup>11</sup> Eine noch bedeutendere Rolle kommt nur der Recherche über das „Geheimtreffen“ zu (75 Prozent): Auch auf eine offene Frage nach den Gründen für die Protestteilnahme (siehe dazu die *Wordcloud* auf Seite 1) wurde häufig geantwortet, dass dies der Anlass gewesen sei, der das „Fass zum Überlaufen“ gebracht habe.

<sup>10</sup> Analog Mitschüler:innen und Kommiliton:innen.

<sup>11</sup> Dazu kommt noch ein erheblicher Anteil (32, 27 und 32 Prozent), den all das zwar nicht sehr, aber zumindest *ziemlich* besorgt.

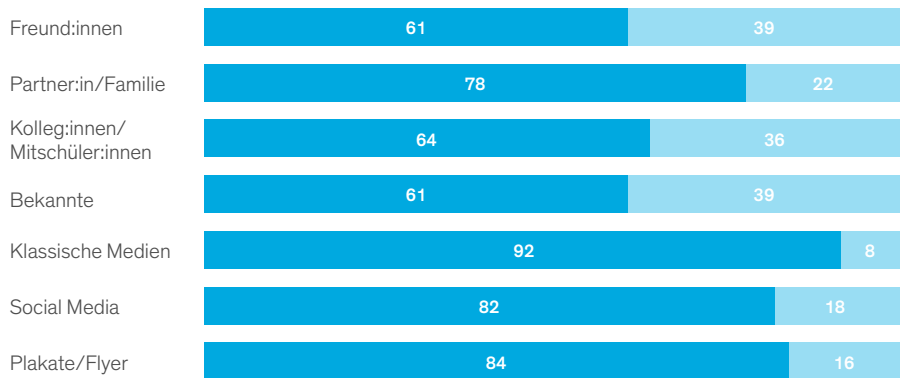
Die Vorstellung, Freund:innen oder Familienmitglieder könnten zum Verlassen des Landes genötigt werden, ist dabei ein ebenso wiederkehrendes Muster wie Vergleiche mit der Diktatur des Nationalsozialismus. Im Widerspruch zu diesem dominanten Gefühl der Sorge steht allerdings ein eher nüchterner Blick auf die Wirksamkeit der Proteste (Abb. 8): Dass sich die Politik durch sie zum Handeln bewegen lässt, hält nur ein gutes Drittel (36 Prozent) für wahrscheinlich und an ein Umdenken von AfD-Anhänger:innen glaubt gar nur jede:r Zwölfte (8 Prozent).<sup>12</sup> Dagegen hält eine große Mehrheit (84 Prozent) den Gang auf die Straße vor allem dafür geeignet, *ein Zeichen zu setzen* und dem als solchen empfundenen Rechtsruck gegenüberzutreten. Die Teilnehmer:innen eint also nicht unbedingt ein geteilter Erwartungshorizont, wohl aber die Einsicht, dass öffentliche Sichtbarkeit wichtig ist und einen hohen symbolischen Eigenwert besitzt.

<sup>12</sup> Zur grundsätzlichen Schwierigkeit derartiger Rückgewinnungsversuche vgl. etwa Holger Lengfeld und Clara Dilger (2023), Kann man AfD-Wähler\*innen zurückgewinnen? Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021. GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 72(4), 433–450.

**Abbildung 6:** Informationsquellen

- Nein
- Ja

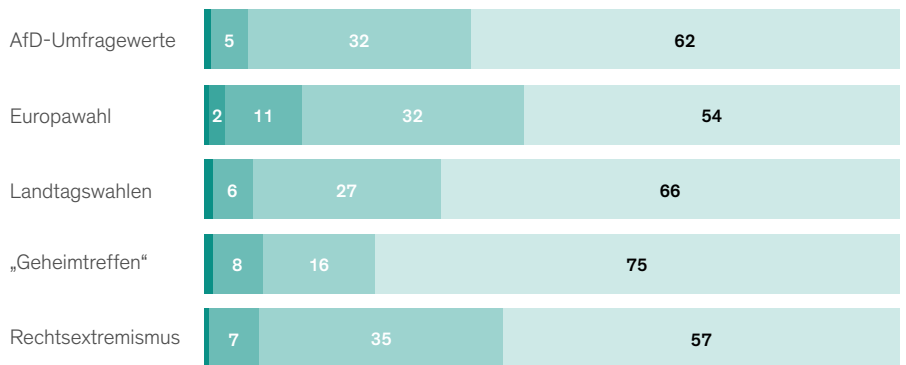
**Vom Protest erfahren durch...**



**Abbildung 7 und 8:** Sorgen und Erwartungen

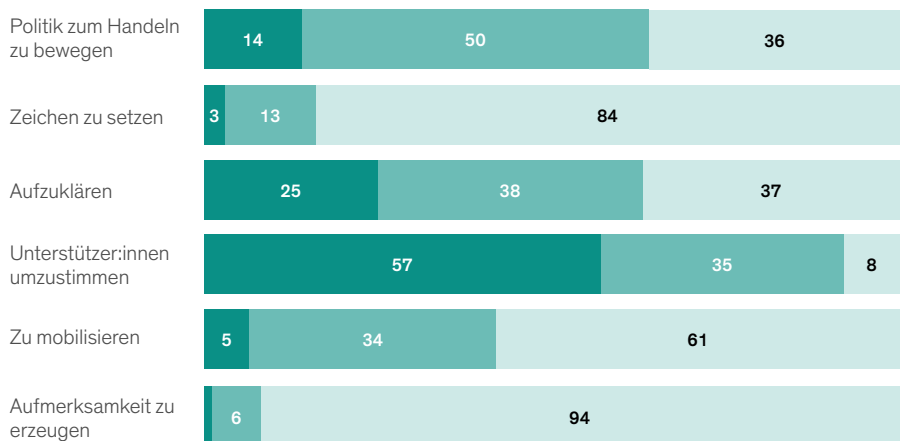
- Gar nicht
- Wenig
- Teilweise
- Ziemlich
- Sehr

**Sorgen über...**



**Protest hilfreich um...**

- Gar nicht/Wenig
- Teilweise
- Ziemlich/Sehr



## Handlungsstrategien und Engagement

Wie schlägt sich all das in den Einstellungen zum Umgang mit der AfD und der Unterstützung für rechtliche Gegenmaßnahmen nieder? Der wohl bekannteste Vorschlag ist derzeit die Prüfung der Verfassungswidrigkeit der Partei nach Art. 21 Abs. 2 GG samt daran anschließendem Verbot.<sup>13</sup> Doch entgegen der Annahme, dass sich in einem gegen die AfD gerichteten Protestkontext leicht ein entsprechender Konsens findet, wird dieses Vorgehen von weniger Befragten befürwortet (30 Prozent) als abgelehnt (34 Prozent). Auf sichtlich mehr Zustimmung stößt die Idee, ein Verbot einzelner Landesverbände (61 Prozent) und der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative* (64 Prozent) sowie eine mögliche Grundrechtsverwirkung von AfD-Politiker:innen nach Art. 18 GG<sup>14</sup> (64 Prozent) zu prüfen (Abb. 9). Dass die Werte auch hier nicht noch höher liegen, mag sowohl inhaltlichen Gründen als auch schlichten Machbarkeitserwägungen geschuldet sein; beide Varianten verweisen aber auf ein hohes Reflexionsvermögen der Protestteilnehmer:innen, die augenscheinlich nicht bereit sind, sich pauschal hinter jede Maßnahme zu stellen. Diese nuancierte Sichtweise findet sich auch in der Unterscheidung, die zwischen der Partei und ihren Unterstützer:innen vorgenommen wird (Abb. 10). Nur jede:r Elfte (9 Prozent) befürwortet deren Ausgrenzung, mehr als die Hälfte (55 Prozent) möchte dagegen das Gespräch mit ihnen suchen. Was die eigene Bereitschaft angeht, sich anderweitig gegen Rechtsextremismus zu engagieren, tut sich schließlich eine (bereits aus anderen Kontexten bekannte) Kluft zwischen hoch- und niedragschweligen Handlungsoptionen auf (Abb. 11): Zur Zeichnung einer Petition (92 Prozent) oder zum Boykott eines Unternehmens, dessen Inhaber:in rechtsextremen Akteur:innen nahesteht (89 Prozent), zeigt sich eine überwältigende Mehrheit potenziell bereit. Sich in eine zivilgesellschaftliche Organisation einbringen würde aber nur etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent); in einer Partei mitarbeiten gerade einmal ein Viertel (25 Prozent). Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch der Unterschied zwischen der Bereitschaft, bei rechtsextremen Äußerungen im persönlichen Umfeld (92 Prozent) und solchen im öffentlichen Raum (66 Prozent) einzuschreiten sowie die geografische Spreizung bezüglich einer möglichen Teilnahme an künftigen Protesten (Abb. 12). Immerhin zwei Drittel (66 Prozent) wären dazu in ihrer Region *sehr* bereit, aber nur ein Siebtel (14 Prozent) anderswo in Baden-Württemberg und nur etwa ein Siebzehntel (6 Prozent) in einem anderen Bundesland.

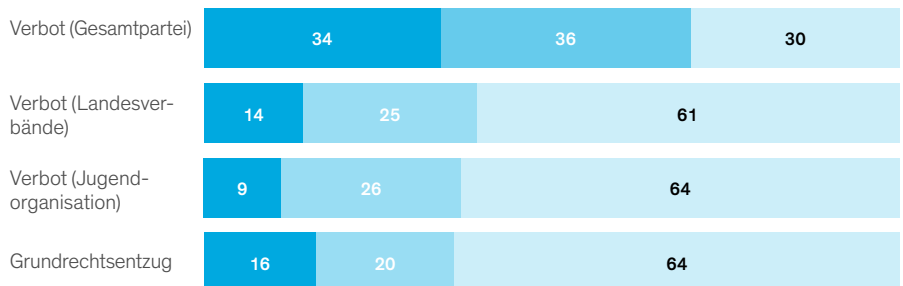
<sup>13</sup> Da eine solche Feststellung nur das Bundesverfassungsgericht treffen kann, bezieht sich die Forderung konkret auf die Beantragung eines Verbotsverfahrens durch Bundestag, -rat, oder -regierung (§43 Abs. 1 BVerfGG).

<sup>14</sup> Wobei zumeist auf die dadurch mögliche Aberkennung der Wahlbarkeit nach §39 Abs. 2 BVerfGG abgestellt wird.

Abbildung 9 und 10: Maßnahmen und Umgang

- Dagegen
- Unentschieden
- Dafür

### Maßnahmen gegen die AfD



- Gar nicht/Wenig
- Teilweise
- Ziemlich/Sehr

### Umgang mit AfD-Unterstützer:innen

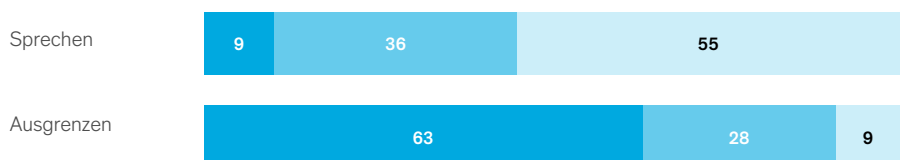
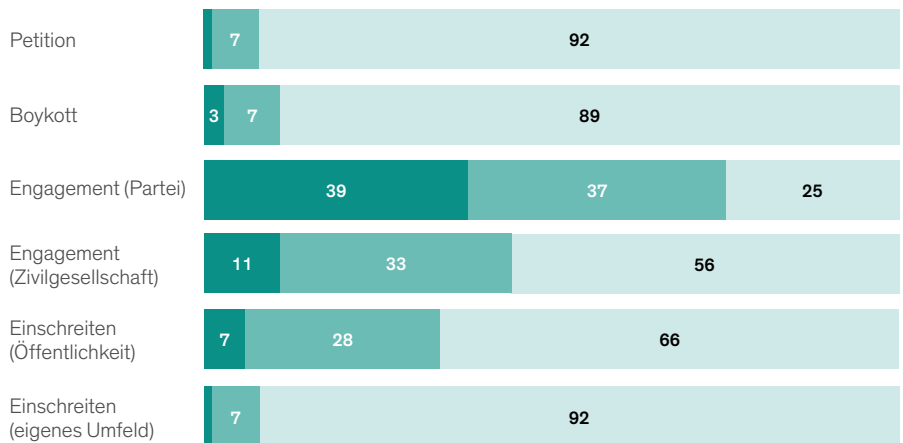


Abbildung 11 und 12: Engagement- und weitere Protestbereitschaft

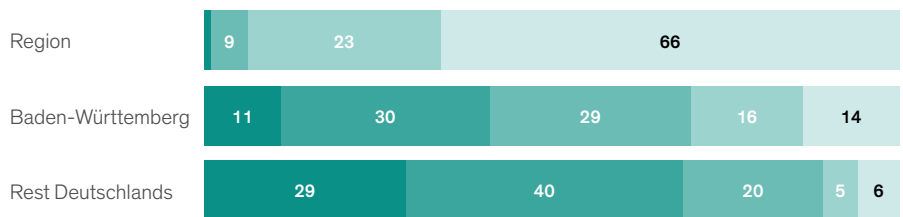
- Gar nicht/Wenig
- Teilweise
- Ziemlich/Sehr

Bereitschaft (Engagement gegen Rechtsextremismus)



- Gar nicht
- Wenig
- Teilweise
- Ziemlich
- Sehr

Bereitschaft (erneute Protestteilnahme)



Fazit und Ausblick

Zusammengefasst ergibt sich aus den Ergebnissen der Befragung ein differenziertes Bild der Proteste gegen Rechtsextremismus – sowohl im Hinblick auf die Teilnehmer:innen als auch auf ihre Motive und Einstellungen. Soziodemografisch lässt sich dabei durchaus die These vertreten, dass es die Mitte der Gesellschaft ist, die hier zusammenkommt, doch tut sie dies nicht als Ganzes: Es ist vielmehr ein *Teil der Mitte*, der die Proteste dominiert und in seinen wesentlichen Charakteristika (arriviert, gebildet und mit klarer politischer Linkstendenz) nur bedingt Schnittmengen mit der abwärtsbesorgten unteren Mittelschicht aufweist, wie sie seit einiger Zeit als eine Adressat:innenengruppe radikaler Politik diskutiert wird.<sup>15</sup> Dieser Teil der Mitte ist nicht sonderlich demonstrationserfahren, erkennt vor allem den symbolischen Wert der Proteste und bleibt trotz erheblicher Sorge und Einsatzbereitschaft relativ skeptisch gegenüber einem Kompletterbot der AfD und Pauschalsanktionen für ihre Anhänger:innen.

Aus dieser Bestandsaufnahme ergeben sich zwei Folgerungen, die für die Analyse und Bewertung der Proteste unmittelbare Relevanz entfalten. Erstens erscheint es problematisch, dass das sogenannte *bürgerliche Lager* (Wähler:innen von CDU und FDP), die untere Mittelschicht und Personen mit Abschlüssen unterhalb des Abiturs stark unterrepräsentiert sind. Zwar lehrt uns die Protestforschung, dass dies zu einem gewissen Grad strukturellen Hemmnissen und einer niedrigeren Protestbereitschaft jener Gruppen geschuldet ist (und insofern keineswegs unüblich),<sup>16</sup> doch können auch protestspezifische Gründe abschreckend wirken – etwa, dass aus Sicht eines Mitte-rechts-Publikums die Grenze zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus bisweilen zu verwischen droht.<sup>17</sup> Für die Organisator:innen dieser und künftiger Proteste bedeutet das, dass sie das verbindende Element noch deutlicher herausstellen, sich von Vereinnahmungsversuchen

<sup>15</sup> Vgl. u. a. Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48(1), 57–75.

<sup>16</sup> Vgl. Priska Daphi, Sebastian Haunss, Moritz Sommer und Simon Teune (2023). Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations. German Politics, 32(3), 440–468.

<sup>17</sup> Auch in den Antworten auf unsere offene Frage verweisen Mitte-rechts-Protestgänger:innen mitunter darauf, dass sie zwar bereitwillig gegen Extremismus protestieren, sich aber unwohl fühlen, wenn zusätzlich auch andere, dezidiert linke Themen („Die Forderung nach offenen Grenzen lehne ich ab!“) auf der Agenda stehen. Auch die Formulierung, eine Demonstration richte sich „gegen rechts“ (statt „gegen Rechtsextremismus“), kann in diesen Fällen irritieren und abschrecken. Vgl. dazu Lukas Fuhr und Rüdiger Soldt (2024). Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, 27. Januar 2024. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html>



abgrenzen und versuchen sollten, für Demokrat:innen aller Lager attraktiv zu sein. Zweitens verlangen aber auch langfristige Perspektiven im gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus nach vertiefter Reflexion. Die Proteste sind hochgradig dynamisch und in der beschriebenen Form vor allem eine Momentaufnahme, doch lässt sich schwer von der Hand weisen, dass sie in Sachen Selbstvergewisserung einem Befreiungsschlag gleichkommen<sup>18</sup> – sie bestärken die Gegner:innen der AfD, sich aus der Defensive zu wagen und das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, inwieweit man den dabei sichtbar werdenden Unmut auf Dauer stellen und sein Potenzial über vereinzelte Protestepisoden hinaus ausschöpfen kann; zumal (anders als beim *Unteilbar*-Bündnis<sup>19</sup>) ein koordinierender Überbau fehlt. In anderen Worten: Ist es möglich, die Energie des Augenblicks in ein Projekt zu überführen, das integrativ genug angelegt ist, um auf Dauer Mehrheiten zu organisieren? Schon jetzt haben die Proteste auf der Symbolebene mehr erreicht als es viele Beobachter:innen für möglich gehalten haben. Doch um ihre ganze Kraft nutzbar zu machen, müssen auf derlei Fragen tragfähige Antworten gefunden werden.

<sup>18</sup> Vgl. Paulina Fröhlich (2024), Ein belebender Moment für die Resilienz unserer Demokratie, 2. Februar 2024. <https://www.progressives-zentrum.org/ein-belebender-moment-fur-die-resilienz-unserer-demokratie/>

<sup>19</sup> Vgl. Katarina Stjepandić, Elias Steinhilper und Sabrina Zajack (2023). Forging Plural Coalitions in Times of Polarisation: Protest for an Open Society in Germany. *German Politics*, 32(3), 469–494.

## Autoren



Marco Bitschnau

Marco Bitschnau ist Postdoktorand an der Professur für Soziologie mit Schwerpunkt soziale Bewegungen und Mitglied des Exzellenzclusters *The Politics of Inequality*. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen verschiedene Teilbereiche der politischen Soziologie, etwa die Protest-, Krisen- und Populismusforschung.



Sebastian Koos

Sebastian Koos ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt soziale Bewegungen an der Universität Konstanz und Mitglied des Exzellenzclusters *The Politics of Inequality*. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Protest- und Bewegungsforschung sowie im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts- und Organisationssoziologie.

Universität Konstanz  
Exzellenzcluster  
„The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10  
78464 Konstanz  
T +49 7531 88-5772  
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand: Marius R. Busemeyer,  
Claudia Diehl, Gabriele Spilker  
Geschäftsführung: Thomas Wöhler

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck  
oder vergleichbare Verwendung von  
Arbeiten des Progressiven Zentrums  
auch in Auszügen ist nur mit vor-  
heriger schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Cluster of Excellence  
„The Politics of Inequality. Perceptions,  
Participation and Policies“

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e. V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin  
T +49 30 400 542 55  
mail@progressives-zentrum.org

Vorstand: Wolfgang Schroeder,  
Judith Siller, Joachim Knodt,  
Katarina Niewiedzial, Michael Miebach  
Geschäftsführung: Dominic Schwickert

Lektorat: Das Progressive Zentrum

Redaktion: Annalena Kampermann,  
Maria Menzel-Meyer, Florian Ranft

Bilder:  
S. 10 Ines Janas

Gestaltung & Layout  
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters  
„The Politics of Inequality“

→ [https://www.exc.uni-konstanz.de/en/inequality/  
research/publications/policy-papers/](https://www.exc.uni-konstanz.de/en/inequality/research/publications/policy-papers/)

## Impressum

### The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populist\*innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– [inequality.uni.kn](https://inequality.uni.kn)  [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

Gefördert durch:

**DFG** Deutsche  
Forschungsgemeinschaft  
EXC-2035/1-390681379

## Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur\*innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker\*innen und Entscheidungsträger\*innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

 [@DPZ\\_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)

 [@dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)

Bluesky: [@dpzberlin.bsky.social](https://bsky.app/profile/dpzberlin.bsky.social)